

## Azubis in NRW flexibel 30 Prozent pendeln in andere Stadt



Die Städte Köln, Aachen, Münster und Essen sind als Ausbildungsstandorte hoch attraktiv.

Von den 295.300 Azubis in betrieblicher Ausbildung in Nordrhein-Westfalen pendelten knapp 90.000 oder 30 Prozent zu ihrem Ausbildungsplatz in eine andere Stadt oder einen anderen Kreis. Dass der Ausbildungsmarkt ein Spiegelbild des Arbeitsmarktes ist, zeigt sich auch bei der wachsenden regionalen Mobilität des Berufsnachwuchses. Die Pendlerquote ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und lag nur wenig unter der Pendlerquote bei allen Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen von rund 37 Prozent.

Christiane Schönefeld, Leiterin der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, begrüßt den Trend zu mehr Mobilität bei den jungen Leuten. „Gerade mit Blick auf den gegenwärtigen Ausbildungsmarkt können sich die Jugendlichen bei ihrer Suche nicht auf Ausbildungsstellen in der Nähe ihres Wohnortes beschränken. Indem die Jugendlichen auch auf auswärtige Betriebe zugehen, verdeutlichen sie ihr Engagement und ihre Flexibilität. Dadurch können sich neue Chancen ergeben.“

Aus Sicht der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen sorgen die Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt bei den Auszubildenden dafür, dass sie mobiler werden und mehr Zeit aufwenden, um an den passenden Ausbildungsplatz zu kommen. Die Ergebnisse basieren auf einer Sonderauswertung der nordrhein-westfälischen Beschäftigtenstatistik, die jetzt für Juni 2004 vorliegt.

Rund 206.000 Lehrlinge – 70 Prozent – haben ihren Ausbildungsplatz in einem Be-

trieb am Wohnort. 90.000 wurden als Einpendler, 85.000 als Auspendler erfasst. Der Saldo zeigt, dass rund 5.000 junge Leute aus anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen eine betriebliche Ausbildung absolvieren.

In der regionalen Betrachtung zeigt sich, dass die Oberzentren auch in Bezug auf die betriebliche Ausbildung auf das Umland eine erhebliche Sogwirkung ausüben. Als Ausbildungsstandort hoch attraktiv sind die Städte Köln, Aachen, Münster und Essen. Hier liegt der Einpendleranteil mit über 40 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt. Sogar mehr Auswärtige als Einheimische werden in den Städten Bonn (58 Prozent), Aachen (57 Prozent) und Düsseldorf (55 Prozent) ausgebildet. Diese Tatsache relativiert auch die zahlenmäßig günstigen Relationen der Ausbildungsmärkte in den Oberzentren. Hier liegt zwar das Angebot an Ausbildungsstellen im Vergleich zur Nachfrage deutlich höher, Bonner, Aachener oder Düsseldorfer Bewerberinnen und Bewerber mit „durchschnittlicher Notensituation“ haben aber vergleichbare Schwierigkeiten wie anderswo, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wenn sich aus den Umlandgemeinden besser qualifizierte junge Leute bewerben.

Aus dem Rhein-Sieg-Kreis fahren 4.340 Personen zur Ausbildung in eine andere Stadt, nachvollziehbar aufgrund der Nähe zu den Oberzentren Köln und Bonn. Auch aus Recklinghausen (3.800 Auspendler), dem Rhein-Erft-Kreis (3.300) und der Stadt Wesel (3.000) pendeln überdurchschnittlich viele junge Leute zur Lehre in andere Gemeinden.

## 25.000 Lehrstellen fehlen – Zeit zum Handeln

Die Anfang September von der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit vorgelegte Lehrstellenbilanz weist noch immer eine Lücke von 25.600 fehlenden Ausbildungsplätzen auf. „Diese bedrückende Zahl zwingt alle Beteiligten, sofort zu handeln. Wir betrachten mit Sorge, dass sich die Unternehmen und die jetzige Landesregierung ihrer Verantwortung für die Ausbildung schleichend entziehen“, stellte Rainer Schmelzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion fest. „Hier zeigt sich, dass die Reise von Herrn Minister Laumann durch die Vorzeigeunternehmen des Landes eine reine Showtour war“, so Schmelzer. Die aktuellen Zahlen erhärten nach Auffassung von Schmelzer die Befürchtungen, dass die Ausbildungsleistung der Unternehmen an Rhein und Ruhr rückgän-

gig seien. Während ansteigende Zahlen von Unternehmen aus Industrie und Handel gemeldet würden, gelinge es den Handwerksbetrieben nicht, das in dem Ausbildungspakt gegebene Versprechen zur Steigerung der Ausbildungsplätze zu halten. In diesem Zusammenhang helfe es auch nicht weiter, dass die Landesregierung ankündige, sich um besonders schwer zu vermittelnde Jugendliche zu kümmern. Schmelzer: „Das Engagement für diese Gruppe junger Menschen ist zwar zu begrüßen, entscheidend ist jedoch, dass zunächst eine hinreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht. Hier stehen Rüttgers und Laumann in der Pflicht, ebenso wie ihre Vorgänger dafür zu sorgen, jedem Jugendlichen am Ende des Jahres ein Angebot zur Qualifizierung zu unterbreiten.“

## Schulbücher für alle Empfänger von ALG II

Rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahres haben einige Kommunen auf Schwierigkeiten reagiert, die verschiedene Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) bei der Anschaffung von Lernmitteln an Schulen haben. Nach der



jetzigen Rechtslage sind im Schuljahr 2005/2006 nur diejenigen Empfänger von ALG II von der Zahlung des Eigenanteils für Schulbücher befreit, die schon im vorherigen Jahr als Empfänger von Sozialhilfe keine Zahlung leisten mussten. Für alle anderen ALG-II-Bezieher, die z.B. im letzten Jahr Arbeitslosenhilfe bezogen haben, besteht kein Feststellungsanspruch. Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dr. Gerhard Langemeyer (SPD), hat auf diese Ungleichbehandlung der ALG-II-Bezieher unbürokratisch reagiert

und die Bereitschaft der Stadt erklärt, in diesem Jahr bei Bedarf für alle ALG-II-Bezieher den Schulbuch-Eigenanteil zu übernehmen. SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prusse begrüßte die Entscheidung Langemeyers,

erwartet von der jetzigen Landesregierung allerdings, dass sie die Regelungslücke mit einer Änderung des Schulgesetzes schließt und die Kosten zukünftig durch das Land übernommen werden. Das NRW-Schulministerium hat unterdessen erklärt, dass man eine Befreiung aller ALG-II-Empfänger anstrebe und eine Arbeitsgruppe mit den Kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet. Diese soll eine Lösung „unter Beachtung des Konnexitätsprinzips“ erarbeiten, die ab

## Mehr Freiräume für Arbeitsgemeinschaften



Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Präsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes

Um die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu verbessern, haben Bundesregierung, die Bundesagentur für Arbeit, der Deutsche Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund Anfang August eine neue Rahmenvereinbarung geschlossen. Die örtlichen Job-Center erhalten danach mehr Kompetenzen bei Personal, Mittelverwendung und Organisation. Roland Schäfer (SPD), Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Präsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes, sieht darin eine wesentliche Forderung der Kommunen als erfüllt an: „Durch umfassenden Bürokratieabbau, konkrete Zielvereinbarungen und Entscheidungen werden die Arbeitsgemeinschaften effizienter arbeiten und damit den Arbeits-

suchenden besser helfen können“, so Schäfer. Im Einzelnen sieht die Rahmenvereinbarung vor, die Handlungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften zu stärken. Dazu werden die Kompetenzen der Geschäftsführer erweitert und die Verantwortung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende regional verankert. Die Bundesagentur bleibt dabei in der Gesamtverantwortung für die ihr vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben. Durch Schaffung klarer Mehrheitsverhältnisse in den Trägerversammlungen der Arbeitsgemeinschaften soll zudem die dezentrale Entscheidungskompetenz und Verantwortung vor Ort gestärkt werden. Hierzu besteht das Angebot an die Kommunen, in den Trägerversammlungen das entscheidende Stimmrecht und damit die Führung in der Arbeitsgemeinschaft wahrzunehmen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Arbeitsgemeinschaft bestehende Zielvereinbarungen, Controlling-Berichte, Benchmarking und Mindeststandards bei der Leistungserbringung für sich als verbindlich anerkennt. Die Bereitschaft der 44 Arbeitsgemeinschaften in NRW zur Übernahme des entscheidenden Stimmrechts steigt nach Angaben der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit an.

### Info:

## Jugendarbeitslosigkeit in NRW

Die Zahl von jungen Menschen unter 25 Jahren, die ohne Beschäftigung sind, ist seit Anfang des Jahres von knapp 130.000 um 12.000 auf 118.000 im August gesunken. Im Kern sind davon rund 39.000 langzeitarbeitslos. Weit mehr als die Hälfte der jüngeren Arbeitslosen haben keinen Abschluss (63.820 oder 54 Prozent). Der Anstieg der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Juli ist auf das Ende der schulischen und beruflichen Ausbildungen zurückzuführen und somit „saisonal“ bedingt. Ihr folgt üblicherweise ab September wieder ein kräftiger Rückgang. Weitere 30.000 Jugendliche unter 25 Jahren befinden sich in einer Qualifizierungsmaßnahme, 8.000 sind in sog. „Zusatzjobs“ beschäftigt. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen der Arbeitsagentur NRW für das laufende Jahr rund 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit dem derzeit laufenden Innovationswettbewerb „Jugend in Arbeit“ sollen neue Konzepte und Ideen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bekannt gemacht und prämiert werden.